

# Alternativ Sozial



März und April 2012

„ALSO“ - Zeitung des Stadtverbandes DIE LINKE.Jena / „Fensterleder“- Zeitung der Fraktion Die LINKE im Jenaer Stadtrat

**Liebe Bürgerinnen und Bürger,**

als Oberbürgermeisterkandidatin der Partei DIE LINKE werbe ich am 22. April 2012 um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme.

Gerade eine wirtschaftlich starke Kommune wie Jena hat die Pflicht, gute Lebensbedingungen für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, um ihnen den gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Arbeit, öffentlichem Verkehr, Kultur und Freizeitgestaltung zu ermöglichen.

Suchen wir gemeinsam nach den besten Lösungen.

**Ihre Dr. Gudrun Lukin**

**Die positive Entwicklung Jenas möchte ich fortsetzen: durch die frühzeitige öffentliche Diskussion von Entscheidungen, die stärkere Kooperation mit Unternehmen, Wissenschaftseinrichtungen und Umlandgemeinden und den Ausbau Jenas als lebenswerten, innovativen Wohn- und Lebensort im Grünen.**

Meine Ziele sind:

**eine lebendige, offene Stadt:**

- familienfreundliche und nachhaltige Stadtentwicklung, individuelle Wohnformen und Begegnungsorte für alle Stadtteile
- Innenstadt-Bebauung mit Spielplätzen und Brunnen
- zusätzliche Schaffung von bezahlbaren und barrierefreien Wohnungen in ganz Jena
- Ausbau des Nahverkehrs und des Radwegenetzes, Einbindung aller Ortsteile mit nutzerfreundlich gestaffelten Tarifstrukturen im ÖPNV, park&ride an Bahnhöfen, ein Konzept für kostengünstigen Nahverkehr in Jena
- die Verringerung der Feinstaub- und Lärmbelastung im Stadtgebiet
- erneute Prüfung der Verkehrserschließung am Hausberg
- Erhalt der Fernverkehrsanbindung, barrierefreie und nutzerfreundliche Ausgestaltung der Bahnhöfe und des Busbahnhofs
- Erhalt des innerstädtischen Grüns und der Kleingartenstruktur Jenas, Schutz der Natur, Umgestaltung des Schottplatzes und der Freifläche des ehemaligen Kulturhauses Lobeda



- Freiräume für kreative und alternative Kulturangebote
- Unterstützung des Ehrenamtes

**demokratische Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger:**

- frühzeitige Beteiligungsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern an der Stadtentwicklung
- Bürgerentscheide und Bürgerversammlungen zu wichtigen kommunalen Problemen und Ausbau des Bürgerbeteiligungshaushaltes
- ein ehrenamtlicher Beigeordneter für den Bürgerhaushalt und Belange der Ortschaften
- Sprechstunden in den Stadtteilen, der Ausbau der Stadteilbüros als Orte der Kommunikation
- konsequente Auseinandersetzung mit fremdenfeindlichen, rechtsextremen und antisemitischen Haltungen und Handlungen, damit sich alle Menschen in Jena willkommen fühlen

*Fortsetzung nächste Seite*

Fortsetzung Ziele Dr. Gudrun Lukin

**Stärkung der Wirtschaft und kommunalen Arbeit**

- Erhalt des kommunalen Eigentums
- Bündelung der Maßnahmen zur Facharbeitergewinnung und der Ansiedlung von Familien gemeinsam mit den Unternehmen
- Ausbau der städtischen Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger, für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger und Unternehmen gleichermaßen
- Schaffung öffentlich geförderter Arbeits- und Ausbildungsplätze in städtischer Verantwortung mit dem Programm „Kommunale Arbeit“
- Angleichung der Entlohnung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in von der Stadt geförderten Vereinen und Verbänden an Tariflöhne

- Unterstützung von Geschäftsgründungen und Neuansiedlungen

**eine familienfreundliche Sozialpolitik**

- Förderung der Vereinbarung von Familie und Beruf, der Gleichstellung und Teilhabe aller Menschen am Leben in unserer Stadt
- bedarfsgerechter Ausbau der Kitas mit flexiblen Öffnungszeiten und günstigerer Gebührenregelung
- Neubau von Schulen, besonders in Innenstadtnähe
- städtischer Zuschuss zum Essengeld, um allen Kindern ein gesundes Essen in Kindereinrichtungen und Schulen zu ermöglichen

**Zur Person:**

Dr. Gudrun Lukin, 57 Jahre, zwei Söhne, Diplomphilosophin, Abschluss als Verwaltungsfachangestellte, Mitglied des Thüringer Landtages

**Ehrenamt:**

Stadträtin seit 1999, Mitglied im Sozialausschuss; Mitglied der SED, PDS und der LINKEN, Vorsitzende der Verkehrswacht Thüringen e.V., Vorstandsmitglied im Jenaer Frauenhaus e.V. und im Mieterschutzbund, ehrenamtliche Übungsleiterin im Schwimmverein, ver.di-Mitglied

**Kontakt:**

Dr. Gudrun Lukin, Markt 4, 07743 Jena, Tel: 03641/ 79 65 70

E-Mail: kontakt@gudrun-lukin.de, www.facebook.com/gudrun.lukin, www.gudrun-lukin.de

---

Stadtratsfraktion

**Keinen Gegensatz zwischen Wohnungsbau und Stadtgrün zulassen**

Seit Wochen wird über dieses Thema diskutiert. Die Fraktionen Die Linke und die Bürger für Jena wollen nun mit einer Beschlussvorlage in der nächsten Stadtratssitzung die Weichen für die weitere Stadtgestaltung stellen. Sie schlagen vor, dass Oberbürgermeister und Verwaltung ein langfristiges Stadtentwicklungskonzept für die sinnvolle Erschließung von neuen Wohnbaugebieten vorbereiten. Darin sollen sowohl die Ergebnisse der Studie zur Klimaanpassungsstrategie als auch das noch zu

erarbeitenden Gartennutzungskonzept ihren Niederschlag finden. Bis dahin soll auch eine eventuelle Bebauung von Gartenanlagen ausgesetzt werden. Außerdem wird vorgeschlagen, dass der seit 2009 vom Regionalverband Jena/Saale-Holzland-Kreis gewünschte Kleingartenbeirat endlich im April beschlossen wird. Diese Vorschläge wurden gemeinsam mit Vertretern des Kleingartenverbandes diskutiert.

**Aktuelle Stunde zur Wohnraumsituation und Mietpreisentwicklung in Jena**

Seit Wochen erreichen Mieter\_innen von JenaWohnen aber auch von anderen Wohnungsgesellschaften Schreiben mit der Ankündigung von Mieterhöhungen. Außerdem ist nach wie vor, obwohl vom Stadtrat beschlossen, kein Konzept des Oberbürgermeisters

für eine Initiative barrierefreies Wohnen in Jena in Sicht. Auch Bemühungen um Landesmittel zum sozialen Wohnungsbau sind nicht spürbar. Deshalb beantragt DIE LINKE im Stadtrat eine Diskussion zu diesem aktuellen Thema.

Dr. Gudrun Lukin

**Impressum**

HerausgeberInnen und V.i.S.d.P.: Stadtvorstand DIE LINKE.Jena: Vorsitzender Jens Thomas; Dr. Karin Kaschuba, MdL; Dr. Gudrun Lukin, MdL; Fraktion DIE LINKE im Jenaer Stadtrat; Ralph Lenkert, MdB; Die Redaktionsgruppe behält sich Änderungen und Kürzungen der Artikel vor. Die Inhalte müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. Für die Inhalte sind die unterzeichnenden Personen verantwortlich. Redaktionsschluss: 16.03.12, Endredaktion: Annette Siami Gorji, Utz Merkel  
DIE LINKE.Jena, Geschäftsstelle: Markt 4, 07743 Jena, Tel.: 03641/424534, Fax: 03641/426149, E-mail: [rgeschaeftsstelle@die-linke-jena.de](mailto:rgeschaeftsstelle@die-linke-jena.de), Internet: [www.die-linke-jena.de](http://www.die-linke-jena.de); Fraktion DIE LINKE im Jenaer Stadtrat, Fraktionsbüro: Markt 4, 07743 Jena, Tel.: 03641/443383, Fax.: 03641/356330; E-mail: [dielinke.fraktion-jena@gmx.de](mailto:dielinke.fraktion-jena@gmx.de), Internet: [www.die-linke-jena.de/fraktion.asp](http://www.die-linke-jena.de/fraktion.asp)



## Fraktion Die Linke im Jenaer Stadtrat

### Fensterleder

Einsichten und Ansichten zur Kommunalpolitik in Jena

## Sozial ist attraktiv – Jena für Alle

bürgernah – sozial – solidarisch – streitbar – zukunftsfähig

### Die Fraktion DIE LINKE im Jenaer Stadtrat – zwischen Kritik, Ablehnung und Zusammenarbeit

Seit der Kommunalwahl 2009 besteht die Fraktion DIE LINKE aus neun Mitgliedern, sechs Frauen und drei Männern im Alter zwischen 27 und 62 Jahren. Vorsitzender ist Jens Thomas.

Nachdem es in der Zeit von 2004 bis 2009 keine Koalitionen gab und die Fraktion daher durchaus Erfolge in der Kommunalpolitik aufweisen konnte, steht sie nun einer Koalition aus SPD, CDU und Bündnis 90/ Die Grünen gegenüber. Leider wurden durch diese Koalition auch vernünftige, im Interesse der Stadt liegende, Vorschläge abgelehnt. Die gute finanzielle Lage der Stadt würde jedoch weitaus mehr Spielraum für die Gestaltung des städtischen Lebens in Jena zulassen. Dennoch konnten wir eigene Vorhaben einbringen und durchsetzen. Hier ein kleiner Überblick über unsere Arbeit in dieser Legislatur.

#### Stadtentwicklung

Die Fraktion DIE LINKE fordert, dass bei den Bauvorhaben der Stadt Jena die **Bürgerinnen und Bürger frühzeitig in die Planung einbezogen** werden und ihr Recht auf demokratische Mitbestimmung wahrnehmen können.

- Die Fraktion sprach sich gegen den Verkauf der Flächen am **Eichplatz** aus. Sie forderte, dass auch Varianten des Verbleibs der **Grundstücke in kommunaler Hand** geprüft werden, was von der Koalition ebenso abgelehnt wurde wie die Berücksichtigung des Gutachtens zu den klimatischen Bedingungen der Innenstadt Jenas. Nicht durchsetzen konnte sie sich im bisherigen Verfahren mit ihrer Forderung nach einer kleinteiligen Bebauung. Die Fraktion wird sich nach wie vor für den Erhalt der Bäume sowie für die Errichtung eines Kinderspielplatzes und eines Brunnens auf dem Eichplatz einsetzen.
- Die Fraktion unterstützt die **Eichplatzinitiative**. Sie fordert jetzt, dass bei der geplanten **Bürgerbefragung** sowohl der Verkauf der Flächen als auch die Art der Bebauung auf den Prüfstand gestellt werden.
- Bei der **Erschließung des Hausbergviertels** unterstützte die Fraktion DIE LINKE die Bürgerinitiative bei ihrem Vorschlag der Verkehrsführung über den Margarethenweg. Diese Forderung, die für kurze Zeit im Stadtrat eine Mehrheit gefunden hatte, konnte durch das erneute Einbringen der Vorlage durch die Koalition nicht umgesetzt werden.
- Die Fraktion fordert den **Erhalt der innerstädtischen Grünanlagen und Kleingärten** und un-

terstützt die entsprechenden Bürgerinitiativen sowie den Verband der Kleingärtner.

- Weiterhin setzt sich die Fraktion für die **Pflege der Wälder und Wanderwege** rund um Jena ein und arbeitet mit den Berggesellschaften zusammen.

#### Nahverkehr

- Die Stadt Jena ist Mitglied des **Verkehrsbundes Mittelthüringen**. Die Fraktion DIE LINKE sieht diese Beteiligung **kritisch**, da dadurch dem Stadtrat Mitspracherechte entzogen wurden. Die Stadt kann nur noch über wenige so genannte Haustarife entscheiden und die Fahrpreise müssen im Verbund jährlich um etwa 4% erhöht werden, was DIE LINKE ablehnt. Die Fraktion fordert außerdem: die Einführung eines **Fahrgastbeirates** sowie die Anerkennung der Bahncard 50 im Tarifgebiet.
- Die Fraktion DIE LINKE setzt sich für einen **bürgerfreundlichen und preiswerten Nahverkehr** ein. Als Beispiel sei das **Kurzstreckenticket** genannt, für das sich jedoch nie eine Mehrheit im Stadtrat fand.
- Erreichen konnte die Fraktion, dass die **Ermäßigungen** für Jenapass-InhaberInnen erhalten bleiben.
- Die LINKE fordert einen **bedarfsgerechten Nahverkehr**. Der Vorschlag der LINKEN einer **besseren Anbindung eingemeindeter Ortschaften** durch den Einsatz von **Linientaxis** anstelle von Anrufsammeltaxis (für die Ortschaften Ilmnitz, Wöllnitz, Maua, Leutra und die Linie 15 ins Rautal) wurde trotz der Zustimmung durch die OrtsteilbürgermeisterInnen von der Koalition abgelehnt.

weiter mit Nahverkehr

- Erreicht hat die Fraktion DIE LINKE, dass das **Semesterticket** auf die Ortsteile der Stadt Jena, die nicht mit JeNah zu erreichen sind, erweitert wurde. In diesem Jahr setzt sich die Fraktion dafür ein, dass die Preissteigerung beim Semesterticket zumindest nicht über den sonstigen Fahrpreiserhöhungen liegt.
- DIE LINKE fordert den **Erhalt der ICE-Anbindung** in Jena. Sie fordert die Barrierefreiheit der Bahnhöfe und den Erhalt bzw. die Wiederherstellung sanitärer Anlagen.
- Sie fordert, dass die von ihr initiierten Beschlüsse zur **barrierefreien Nutzung des neuen Busbahnhofs** auch für Sehbehinderte endlich umgesetzt werden.

## Wohnen in Jena

Wohnraum ist knapp in Jena, die Mieten und die Grundstückspreise gehören zu den höchsten in Ostdeutschland. Die Fraktion DIE LINKE initiierte, dass ein **Wohnraum-Entwicklungskonzept** erstellt wurde. Sie fordert, dass

- es in der Stadt einen **sozialen Wohnungsbau** gibt, d.h. die entsprechenden Förderprogramme in Anspruch genommen,
- Bemühungen um **studentisches Wohnen** unterstützt,
- **bezahlbare Flächen für den Bau von Häusern** für die Ansiedlung von Familien angeboten werden,
- innerstädtisches Bauen und **Lückenbebauung** in allen Teilen der Stadt Vorrang haben vor der Umnutzung von Grünflächen oder Kleingärten,
- bei Sanierung und Neubau ausreichend **barrierefreie und altersgerechte Wohnungen** in allen Stadtteilen entstehen.

## Soziale Stadt

Die Fraktion DIE LINKE sieht die Stadt Jena in der Pflicht, ihre sozial schwachen und benachteiligten Bürgerinnen und Bürger in besonderer Weise zu unterstützen, um ihre Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben zu gewährleisten.

- Die Fraktion DIE LINKE forderte bereits ein Jahr vor der Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets die **Einrichtung eines Sozialfonds** zur Unterstützung von kulturellen und sportlichen Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen, was von der Koalition abgelehnt wurde.
- Die Fraktion erreichte die Einführung eines **kostenlosen Mittagessens** für Kinder von Erwerbslosen und Menschen mit geringem Einkommen. Diese Unterstützung wurde trotz mehrfachen begründeten Protestes der Frak-

tion zum Schul-/ Kitajahr 2011/2012 abgeschafft.

- Die Fraktion setzte sich dafür ein, dass die im Vergleich zu den Mieten in Jena zu niedrig angesetzten Richtwerte für die **Kosten der Unterkunft** erhöht werden.
- Mit ihrer Forderung, den **JenaPass für Wohngeldberechtigte** zu erweitern, konnte sich die Fraktion DIE LINKE nicht durchsetzen.
- Die Fraktion initiierte das **Programm „Kommunale Arbeit“**, wodurch die Beschäftigung von bis zu 30 **Gemeindearbeitern** möglich wurde. Außerdem wurde durch eine anteilige Stellenfinanzierung die Arbeit von Jenaer Vereinen unterstützt.
- Durch die Erweiterung des Programms wurde die **Ausbildung von erwerbslosen Menschen**, zum Beispiel zu Altenpflegern, möglich. Der Fraktion gelang es außerdem, dass Mittel für die **Fortsetzung des Programms** in den Haushalt der Stadt eingestellt wurden.
- Die Fraktion DIE LINKE setzt sich ebenso dafür ein, dass sich Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen, in unserer Stadt wohlfühlen und unterstützte, dass für die Stadt ein **Integrationskonzept** erarbeitet wurde.
- Sie konnte erreichen, dass AsylberwerberInnen statt Gutscheinen Bargeld erhalten werden und setzt sich für deren **dezentrale Unterbringung** ein.

## Bildung und Kultur

- Der Vorschlag der Fraktion DIE LINKE zur **Neugestaltung des Schulnetzplanes**, die Möglichkeit des **Neubaus einer innenstadtnahen Schule** zu prüfen, wurde übernommen. Neue Zahlen zeigen allerdings, dass inzwischen drei neue Schulen benötigt werden.
- Die Fraktion konnte sich mit ihren Forderungen durchsetzen, dass die GS „Friedrich Schiller“ einen **Winterschulgarten** erhielt sowie dass der **barrierefreie Ausbau** der IGS „Grete Unrein“ durch den Anbau eines Fahrstuhls realisiert werden konnte.
- Die Fraktion DIE LINKE unterstützt den **bedarfsgerechten Ausbau** bestehender sowie den **Bau neuer Kindertagesstätten**. Die neue Kita am Beutenberg entstand auf Initiative der Fraktion.
- Weitere Forderungen der Fraktion sind **flexible Öffnungszeiten** und **bezahlbare Gebühren**.
- Für die **Ausfinanzierung und Aufstockung** der Mittel für den **Jugendförderplan** setzt sich die LINKE auch in Zukunft ein.

Fortsetzung nächste Seite

*weiter mit Bildung und Kultur*

- Den Antrag der LINKEN, die **Honorare der freien MusikpädagogInnen** der Musik- und Kunstschule zu erhöhen, lehnte die Koalition ab.
- Die Fraktion DIE LINKE setzt sich für den **Erhalt des Kinderbüros Winzerla** ein. Der Antrag auf finanzielle Unterstützung wurde von der Koalition abgelehnt.

### **Demokratie, Mitsprache & Gestaltung**

- DIE LINKE setzt sich für den **Erhalt öffentlichen Eigentums** ein und stimmte daher gegen den Verkauf der Baugrundstücke am Eichplatz sowie gegen den Verkauf städtischer Anteile an den Stadtwerken.
- **Gegen rechtsextrems, menschenverachtendes und antisemitisches Gedankengut** tritt die Fraktion DIE LINKE entschieden ein. Sie beteiligt sich aktiv am runden Tisch für Demokratie,

an Demonstrationen und Mahnwachen gegen Rechts und an der Pflege von Gedenkorten, wie die Stolpersteine, in der Stadt Jena.

- Auf Initiative der LINKEN wird durch die Stadt ein **Erinnerungskonzept** zur Aufarbeitung der NS – Vergangenheit erarbeitet.
- Ein Anliegen der Fraktion DIE LINKE ist die Unterstützung und ausreichende Finanzierung des **Bürgerhaushaltes** als Instrument der Mitsprache der BürgerInnen der Stadt an wichtigen Entscheidungen.
- Die Fraktion DIE LINKE konnte sich mit ihrer Forderung durchsetzen, die **Öffnungszeiten der Bürgerbüros** in der Stadt auf Samstag sowie in Lobeda auf die Nachmittagsstunden zu erweitern.

Die Sitzungen der Fraktion DIE LINKE sind öffentlich. Sie finden vierzehntägig montags um 18.30 Uhr im Beratungsraum der Geschäftsstelle Markt 4 statt. Die nächsten Termine sind auf der Internetseite der Fraktion sowie im Terminkalender des Stadtrates auf der Internetseite der Stadt Jena ersichtlich.

Kommen Sie vorbei!

Wir freuen uns auf konstruktive Hinweise und Ihre Mitarbeit!

*Dr. Beate Jonscher*

### **Forderung nach Preiserhöhung gefährdet Semesterticket für Studierende in Jena**

Der Jenaer Nahverkehr will ab dem Wintersemester 2012/13 den Semesterticketpreis um circa 40 Prozent erhöhe, von gegenwärtig 54,50 auf bis zu 76,80 Euro. Das würde nicht nur eine unzumutbare Belastung für eine ohnehin finanziell nicht üppig ausgestattete Personengruppe bedeuten, sondern gefährdet auch den Weiterbestand des Semesterfahrtscheins.

Über eine Preissteigerung in dieser Höhe müsse eine Urabstimmung in der Fachhochschule und Universität entscheiden. Wenn das Semesterticket nicht weitergeführt würde, gingen dem Jenaer Nahverkehr Einnahmen in Millionenhöhe verloren. Zugleich würde ein deutlicher Nachteil für Studierende entstehen, da sie auf andere - zumeist teurere oder weniger umweltfreundliche - Verkehrsangebote

zurückgreifen müssten.

Merkwürdig mutet in diesem Zusammenhang die Begründung für die Preiserhöhung an, dass sich die Nutzungsquote von Bahn und Bus durch Studierende von 30 Prozent auf 39,1 Prozent erhöht habe und damit auch der Preis steigen müsse. Ebenfalls unzureichend ist die gegenwärtige Regelung für Studierende in einigen Ortsteilen Jenas. Hier müssen zum Teil zusätzliche Fahrscheine erworben werden. Die Mitgliedschaft der Universitätsstädte Thüringens im Mittelthüringer Verkehrsverbund darf jedoch nicht zu einer weiteren finanziellen Hürde für Studentinnen und Studenten führen. Das Semesterticket muss zu einem für die Studierenden akzeptablen Preis erhalten bleiben.

### **Über mögliche Einschnitte bei Berggesellschaften**

Die Frage der Berggesellschaften nach kommunaler Unterstützung ist berechtigt. Trotz großen ehrenamtlichen Engagements der Vereinsmitglieder können Pflegearbeiten an Wanderwegen und im Forst nicht von ihnen allein bewältigt werden. Vor einer ähnlichen Situation stehen auch die Ortsteile der Stadt. Deshalb hatten DIE LINKEN vor einigen Jahren ein "Programm Kommunale Arbeit" für Gemeindeglieder vorgeschlagen. Obwohl sich heute die Möglichkeiten des zweiten Arbeitsmarktes durch die Kürzungen der Bundesregierung verringert ha-

ben, kann die wirtschaftlich und finanziell gut aufgestellte Stadt hier Arbeit zu Gunsten des Gemeinwohls finanzieren. Damit werden Arbeitsmöglichkeiten für Menschen geschaffen, die sonst kaum Chancen auf Beschäftigung haben und gleichzeitig Vereine, Berggesellschaften und Ortsteile in ihrer Tätigkeit für das Gemeinwohl unterstützt. Schließlich kommt ihr Einsatz für Natur, Kultur und städtisches Leben allen Bürgerinnen und Bürgern zu Gute.

*Dr. Gudrun Lukin*



Landtag

## Ursachen für überdurchschnittlichen Anstieg der Verkehrstoten in Thüringen klären

150 Verkehrstote im Jahr 2011 sind erschreckend. Nach wie vor werden Alkohol, unangepasste Geschwindigkeit und Nichtbeachtung der Vorfahrt als die häufigsten Unfallursachen benannt. Da hilft es auch nicht viel weiter, wenn sich die Bundesregierung für eine Veränderung des Flensburger Punktekatalogs einsetzt, andererseits in froher Eintracht mit der Thüringer Landesregierung die Mittel für die Verkehrserziehung kürzt. Eher wäre es dringend notwendig, das Alkoholverbot für Fahranfänger auszuweiten. Die Forderung der Deutschen Verkehrswacht: „Kein Alkohol am Steuer“ muss endlich überall zur Norm werden. Leider gibt es keine Initiativen seitens des Thüringer Verkehrs-

ministers, im Gegenteil. Er lehnt ein generelles Alkoholverbot für Fahrer ab. Land und Kommunen sollten außerdem verstärkt die Unfallschwerpunkte ermitteln und kontrollieren sowie ihre Anstrengungen für die Verkehrserziehung und Verkehrsaufklärung verstärken. Für alle Kinder in Kindergärten und Schulen müsse das Üben von richtigem Verhalten im Verkehrsgeschehen, ob zu Fuß oder mit dem Rad, ermöglicht werden. Dabei sollte die Einhaltung dieser Bildungsaufgabe aber auch regelmäßig kontrolliert werden. Zudem sollten für alle mobilisierten Verkehrsteilnehmer regelmäßige Sehtests und ein Fahrsicherheitstraining bei Verkehrswachten oder Verbänden zur Selbstverständlichkeit werden.

Dr. Gudrun Lukin

Serie Lateinamerika

## Nach der Wahl ist vor der Wahl

So ist es überall auf der Welt, auch in Jena. Im April werden wir wieder an die Wahlurnen gerufen, denn es steht die Oberbürgermeister-Wahl vor der Tür. Die letzte Wahl, welche ich live, wenn auch nur als Beobachterin, erlebte, war im November die Präsidentschafts- und Parlamentswahl in Nicaragua – ein heiß umstrittenes Thema schon im Vorfeld. Internationale Beobachter aus aller Welt hatten Nicaragua an diesem 6. November 2011 in ihrem besonderen Blickfeld.

Bunte Wahlplakate, wehende Fahnen und Girlanden, Menschen in T-Shirts mit dem Konterfeit der Kandidaten, geschmückte Autos und vieles mehr kündigten den Wahltag an. Die ausgewiesenen 72 Wahllokale in San Marcos befanden sich in den dortigen Schulen. Bis jetzt nichts anderes als in Deutschland. Trotzdem gab es viele Unterschiede und manche Dinge wären bei uns unmöglich. Die Wähler\_innen wurden nicht per Wahlbenachrichtigungskarte über ihr Wahlrecht und das für sie zuständige Wahllokal informiert. Vielmehr hingen in den Schulen große Listen mit den Namen und Anschriften, wo sich jeder selber finden musste, aus. Im Wahllokal selbst hatte sich jeder Wähler auszuweisen, wurde in einer ersten Liste abgehakt und bekam den Wahlzettel ausgehändigt. Dieser hatte Zeitungsgröße und was ich persönlich schön fand, die Kandidaten waren mit einem Foto neben den Familiennamen abgebildet. Der unmittelbare Wahlvorgang musste in einer Wahlkabine, genau wie in Deutschland, ausgeübt werden. Beim Einwurf des gefalteten Wahlzettels in die Wahlurne erfolgte nochmals ein Abgleich der Personalien und im Anschluss wurde der Daumen des Wählers geschwärzt. Somit war sichtbar, wer schon gewählt hat und ein erneuter Wahlgang der betreffenden Person, vielleicht in einem anderen Wahllokal, wird unmöglich. Solch eine Verfahrensweise wäre in Deutschland undenkbar und bei den Datenschützern würden alle Alarmglocken läuten. Folglich war sofort ersichtlich, wer hat von seinem Wahlrecht schon Gebrauch gemacht und wer nicht. Es sei denn, ein Heftpflaster oder eine Binde hätten den geschwärzten Daumen verdeckt. Interessant war auch, dass von jeder kandidierenden

Partei jeweils ein Vertreter Beisitzer im Wahllokal war. Ich besuchte am Wahlsonntag mehrere Wahllokale in San Marcos und konnte mich von der augenscheinlichen Ordnungsmäßigkeit des Wahlverlaufes überzeugen. Die Jenaer Delegation war vom Bürgermeister von San Marcos eingeladen, nach dem Schließen der Wahllokale mit ihm gemeinsam die ersten Hochrechnungen zu verfolgen. Unzählige Menschen warteten auf den Straßen, vor öffentlichen Gebäuden oder im Park auf die Bekanntgabe der ersten Wahlergebnisse. Als sich abzeichnete, dass die FSLN und Daniel Ortega die Wahl gewonnen haben, fielen sich die Menschen in die Arme, weinten vor Freude, beglückwünschten sich gegenseitig und fingen an zu singen oder auf der Straße zu tanzen. Verwundert war ich jedoch ein bisschen darüber, dass die Opposition weniger als 72 Stimmen in San Marcos erhielt. Wenn in jedem der 72 Wahllokale wirklich ein Vertreter der Opposition war, dann dürften einige von ihnen nicht die eigene Partei gewählt haben. Doch nach Feststellung des amtlichen Wahlergebnisses (Sieg der Sandinisten/ FSLN) setzte in der Bevölkerung ein wahrer Jubelsturm ein. Es war wie Fasching, Silvester und 1. Mai an einem Tag und ganz San Marcos schien auf den Beinen zu sein. Eine ganze Stadt im Freudentaumel - für mich Gänsehaut pur - anders kann ich das Erlebte nicht beschreiben. Bis tief in die Nacht wurde mit einem Konzert im Park gefeiert. Beachtenswert war auch die enorm hohe Wahlbeteiligung. Ich denke, das lag nicht an den „geschwärzten“ Daumen. Vielmehr wissen die Nicaraguaner\_innen ihr Wahlrecht zu schätzen und nutzten dieses auch entsprechend. Ebenso konnte ich wahrnehmen, dass die Behörden um eine größtmögliche Transparenz über den ordnungsgemäßen Verlauf der Wahlen bemüht waren. Es ist schon ein gewaltiger Unterschied, ob man ein solches Ereignis live oder nur durch eine übliche Mediendarstellung in Deutschland erlebt hat. Auf Grund der anstehenden OB-Wahl in Jena habe ich diesen Bericht über die Wahlen in Nicaragua der bereits angekündigten Berichterstattung über Schulpartnerschaften sowie Patenschaften für Kinder in dieser ALSO-Ausgabe vorgezogen.

Martina Flämmich-Winckler

## Wem gehört diese Stadt und ihre Mitte?

Das fabelhafte Immobilienobjekt Eichplatz in Jena weckt große Begehrlichkeiten. Wen wundert's, handelt es sich doch um die Mitte unserer Stadt. Nun macht sich die Kommune auf, der wechselvollen Geschichte dieses Platzes ein neues, wie sich bislang darstellt, fragwürdiges Kapitel hinzuzufügen, mit dem Verweis auf Endgültigkeit.

Der Eichplatz mitsamt seinen Bäumen ist kommunales Eigentum. Somit ist er ein öffentliches Gut. Nun ergab es sich, dass infolge der hitzigen Debatten um die geplante Veräußerung dieser Fläche, dieser – noch Platz – eine zusätzliche Eigenschaft bekam. Er wurde nunmehr ein kulturelles Objekt mit Gewicht und einer gewissen Symbolik. Die Empfindung, dass es sich hier um einen gemeinsamen Besitz - ein Gemeingut der Öffentlichkeit dieser Stadt - handelt, nahm mehr und mehr Menschen in seinen Bann.

Nun gibt es in einer Demokratie hinreichend Anlass, über den Umgang mit öffentlichen Gütern einen demokratischen Diskurs zu führen. Insbesondere, da dieser Platz in seiner Geschichte nicht schon immer und in Gänze öffentliches Eigentum war - nein er ist längst ein gemeinsamer kultureller, wenn auch nach sinnvoller Gestaltung drängender Bestand dieser Stadt und seiner Bewohner\_innen.

Wie wird die Kommune mit diesem einmaligen Geschenk wohl umgehen? Die soziale Qualität eines derartigen Gemeingutes schreit doch förmlich nach öffentlicher Besitznahme im pluralen Sinne. Und, dies sei vermerkt, dieser Gemeingutcharakter erschöpft sich nicht nur aus der materiell-stofflichen Natur einer Sache – er wird folgerichtig im Prozess einer sozialen Aneignung hergestellt, mögen die Motive auch sehr differenziert sein.

Die Herstellung einer solchen Besitznahme, das widerspiegelt die engagierte Debatte um die Zukunft dieses Platzes, gilt zugleich seiner Erhaltung –

schließlich, so die Logik, wird durch die Privatisierung und Inwertsetzung die Sorgepflicht der öffentlichen Eigentümer, in unserem Falle der Stadtverwaltung, größtenteils missachtet. Mit anderen Worten: Die Reprivatisierung könnte nicht zwingend dazu führen, dass die Sorgepflicht einfach übertragen wird. Nein! Und wie zu befürchten ist, entledigt sich die Stadt mit diesem geplanten Streich auf billige Art ein für allemal der Sorgepflicht.

Sei also mal ganz bescheiden gefragt, wem gehört diese Stadt und ihre Mitte? Könnten wir uns nicht die Chance einer einmaligen Konzeption gönnen? Wäre es denkbar, dass der Souverän das letzte Wort hat? Welches Signal senden wir in die Zukunft, damit unsere Kinder auch noch mit Stolz sagen können: Jena und sein Zentrum, das ist unsere Stadt?

Oder wird es vielleicht einst heißen: In den Jahren nach 2012 wurde der Bürgerwille, die spürbare Verantwortung ignoriert, förmlich vergewaltigt, um zweifelhaften, vergänglichen Gewinn zu erzielen. Fragen dürften die Bürger\_innen auch, was die Stadt mit dem Geld letztendlich zu bewerkstelligen gedenkt? Wo ist der Verweis auf Ausgleichsmaßnahmen? Es kann nur einmal ausgegeben werden, aber wofür? Mit Sicherheit wird es keinen Ersatz für die verscherbeltete Mitte geben können, sie gibt es so nur einmal! Das Geschenk, das Jena nach 1989 ohne Verdienst einfach zufiel und nun leichtfertig wieder veräußert werden soll, es ist nicht zu vermitteln. Jena, meine, unsere Stadt, was tut man dir an!?

Ganz persönlich: Mein Großvater, Architekt Paul Engelhardt, Mitbegründer der „Heimstätten“, stets um die architektonische Gestaltung seiner Stadt bemüht, wie vielerorts zu besichtigen, wäre tief erschüttert und enttäuscht, müsste er erleben, was seinen Enkeln zugemutet werden soll.

Christian Engelhardt

## Wohnen in Lobeda

Die Lobedaer Basisgruppen unserer Partei luden am 2. März zu einer Bürgerversammlung ein. Ca. 60 Gäste folgten der Einladung der LINKEN in das Jenaer Tafelhaus. Moderiert wurde die Veranstaltung durch den Bundestagsabgeordneten Ralph Lenkert. Er hatte selbst viele Jahre in Lobeda gewohnt, kennt daher die Vor- und Nachteile des größten Stadtteils Jenas.

Dr. Gudrun Lukin, OB-Kandidatin unserer Partei, verwies auf die soziale Situation von ca. 40% der Jenaer Haushalte, die weniger als 1.300 € im Monat zum Leben haben. Für sie wird es immer schwerer, eine bezahlbare Wohnung zu finden, zumal der Neubau von Wohnungen in Jena vorwiegend im oberen Preissegment erfolgt. Die LINKE kritisiert seit Jahren den überbeuerten Verkauf von kommunalen Grundstücken und Eigentum.

Inge Meinig von der Wohngenossenschaft Lobeda-West e.G. zeigte am Beispiel ihrer Genossenschaft

auf, wie die Mieten trotz Modernisierung bezahlbar bleiben können. Dieses Beispiel könnte in Jena durchaus Schule machen.

Der Vorsitzende des Thüringer Mietervereins, Frank Beitz, sprach zum Jenaer Mietspiegel und thematisierte die steigenden Grundstücks- und Mietpreise.

Die Bürgerinnen und Bürger hatten viele Fragen und Anmerkungen, z.B. zur Umnutzung des ehemaligen Arbeitsamtes und des Asylbewerberheims, zur Kulturhausfläche und zum Geländer am Fußgängertunnel. Ralph Lenkert und Gudrun Lukin nahmen die Anregungen und kritischen Hinweise der Bürgerinnen und Bürger auf und werden sie zum Gegenstand von Anfragen und Beschlussvorlagen im Stadtrat machen. Im Herbst werden die Abgeordneten der LINKEN wieder zu einer Bürgerversammlung in Lobeda einladen.

Sigrun Lingel/ Dr. Gudrun Lukin

**Bundesarbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik in Hannover gegründet**

Am 4. Februar dieses Jahres kamen rund 70 kommunalpolitisch Interessierte aus 11 Bundesländern in Hannover zusammen, um die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Kommunalpolitik zu gründen. Der Bundestagsabgeordnete Axel Troost erläuterte eingangs, warum es notwendig sei, eine eigene BAG zu gründen. Er unterstrich die große Bedeutung der Kommunalpolitik für die LINKE und verwies auf die Notwendigkeit, alle Politikfelder durch die „kommunalpolitische Brille“ zu betrachten und zu beurteilen. So habe die Finanzmarktkrise und die Forderung nach Regulierung der Banken eben nicht nur Auswirkungen auf die Landesbanken, sondern auch auf die Kommunen, wie das Beispiel der Sparkassen zeige. Aufgabe der BAG Kommunalpolitik sollte es sein, Politikprozesse und deren Folgen auf kommunaler Ebene im Vorfeld aus linker Sicht zu analysieren und in DIE LINKE hinein zu tragen. Troost wies darüber hinaus auf das Eigeninteresse der BAG hin, die den notwendigen Austausch zwischen linken Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern im Hinblick auf positive Erfahrungen und deren Verallgemeinerung ermöglichen soll. In der anschließenden Debatte ergriffen zahlreiche Mitglieder des Forums das Wort, um ihre Vorstellungen zur BAG Kommunalpolitik zu äußern. Kritische Worte fand Katrin Kunert, kommunalpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, die bemängelte, dass innerhalb der Partei DIE LINKE der Kommunalpolitik zu geringes Gewicht eingeräumt werde. Die kommunalpolitischen Leitlinien, die auf dem Parteitag 2005 beschlossen worden waren, müssten fortgeschrieben werden, doch dazu brauche es auch Input von Seiten der Basis.

Ein intensiv diskutierter Punkt war auch die Frage nach der Zusammenarbeit mit den kommunalpolitischen Foren. Viele Diskutanten forderten eine enge Anbindung und Verknüpfung der BAG mit den KOPOFORen, auch im Hinblick auf die anstehende Gründung eines Dachverbandes der Foren. Die Diskussion konnte schließlich in folgenden Punkten zusammengefasst werden:

1. Kommunalpolitik bildet die Grundlage linker Politik, 2. Solidarität, 3. über gemeinsame Projekte die Verbindung aller Ebenen erreichen und 4. den Austausch zwischen Kommunalpolitikern fördern, fordern und befördern. Folgende inhaltliche Punkte wurden für die Arbeit der BAG als wesentlich ausgemacht: Kommunalfinzen, Demokratie, wirtschaftliche Betätigung der Kommunen und öffentliche Unternehmen sowie die Zusammenarbeit zwischen Fraktionen, Partei und KOPOFORen, KandidatInnengewinnung, Betreuung und Ausbildung von MandatsträgerInnen und Austausch zu Methoden und Mitteln linker Kommunalpolitik. Nachdem über die Aufgaben der BAG und deren Arbeitsweise Einigkeit erzielt wurde, beschlossen die Anwesenden eine Satzung und Geschäftsordnung. Für die Koordination der künftigen Arbeit wurde zudem ein SprecherInnenrat gewählt, dem Dagmar Pohle, Katrin Kunert, Felicitas Weck, Dagmar Zoschke, Bernhard Sander, Axel Troost und der Vertreter Thüringens Steffen Harzer angehören.

*Wer Interesse hat, der BAG beizutreten oder mitzuarbeiten, findet unter folgendem Link mehr Informationen:*

<http://www.die-linke.de/index.php?id=710>.

Carolin Weingart

**Am 22. April 2012 sind in Jena Oberbürgermeisterwahlen –  
Bitte gehen Sie wählen! Ihre Dr. Gudrun Lukin**

**Wir gratulieren im März und im April zum Geburtstag:**

Horst Hebestreit zum 89.  
Evelyne Hensel zum 60.  
Charlotte Krause zum 81.  
Herta Mielke zum 75.  
Ulrich Müller zum 70.  
Herbert Sältzer zum 89.  
Günter Vanselow zum 82.  
Christoph Vogt zum 25.



Richard Weiß zum 87.  
Wally Fritzsche zum 87.  
André Helfmeier zum 30.  
Melchior Lemke zum 60.  
Manfred Schuster zum 85.  
Heinz Sonntag zum 86.  
Hildegard Sporny zum 90.

Außerdem gratulieren wir unseren Fraktionsmitgliedern Dr. Beate Jonscher und Julia Langhammer sowie unserem sachkundigen Bürger Frank Schenker zum Geburtstag.